

„Bonn kritisiert Interpretation des Werner-Plans durch Brüssel" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (5. November 1970)

Legende: Am 5. November 1970 berichtet die deutsche Tageszeitung Frankfurter Allgemeine Zeitung über die Reaktionen der Bundesregierung auf die Art und Weise, wie die Europäische Kommission den Werner-Plan auslegt. Der Regierung zufolge sind die Vorschläge der Kommission für die stufenweise Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion zu eng gefasst und gehen nicht weit genug.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 05.11.1970. [s.l.]: FAZ Verlag GmbH. "Bonn kritisiert Interpretation des Werner-Plans durch Brüssel".

Archives familiales Pierre Werner, Luxembourg.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/bonn_kritisiert_interpretation_des_werner_plans_durch_brussel_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_5_november_1970-de-b643bf67-3544-4db0-aff7-a0a033e389fe.html

Publication date: 13/01/2014

GEMEINE ZEITUNG

F. A. Z. 5-11-72

Bonn kritisiert Interpretation des Werner-Plans durch Brüssel

Politisches Engagement vermißt / Operiert die Kommission vorsichtig?

Gz. BRÜSSEL, 4. November. Die von der Europäischen Kommission verabschiedeten Entwürfe für eine Entschliebung des EWG-Ministerrats zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie für zwei förmliche Entscheidungen zur Abstimmung der Budgetpolitik und der Zusammenarbeit der Notenbanken haben in Bonn erhebliche Enttäuschung, ja Mißstimmung ausgelöst. Dagegen hat der zuständige EWG-Generaldirektor Mosca, der selbst Mitglied des Werner-Ausschusses war, in Brüssel betont, daß zwischen dem Plan selbst und den Vorschlägen der Kommission keine grundlegenden Differenzen beständen; während der Werner-Plan „technisch und funktionell“ formuliert sei, seien die Vorschläge der Kommission formell juristischer und politischer Natur, bei dem das politische Engagement entscheidend sei.

Genau dieses Engagement aber vermißt man in Bonn. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Bundeskabinett trotz der Befürchtung, daß die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer „Inflationgemeinschaft“ werden könnte, den Werner-Plan unterstütze, allerdings nur in der politischen Perspektive der Endphase. Was im Werner-Plan hierzu klar gesagt worden sei, finde sich in den Vorschlägen der Kommission nur verschwommen, zum Teil verwässert und manches überhaupt nicht.

Während der Werner-Bericht davon spreche, daß die erforderlichen wirtschaftspolitischen Befugnisse von nationaler Ebene auf die Gemeinschaft übertragen werden müßten, heißt es im Vorschlag der Kommission lediglich, daß die Gemeinschaft am Ende der Übergangsphasen auf wirtschaftlichem und monetärem Gebiet über die erforderlichen Befugnisse verfügen müsse, um die Führung der „Union“ sicherzustellen. Sie müsse einer demokratischen Kontrolle auf Gemeinschaftsebene unterliegen. Im Werner-Bericht wird schärfer hierzu

gesagt, daß das wirtschaftspolitische Entscheidungsgremium der Gemeinschaft einem europäischen Parlament gegenüber politisch verantwortlich sein müsse. Vermißt wird ferner die im Werner-Bericht sorgsam herausgearbeiteten Gedanken der Parallelität von wirtschaftspolitischen und monetären Fortschritten.

Kritisiert wird, daß die Kommission lediglich vorschlägt, dem Ministerrat vor dem 1. Mai 1973 einen Bericht über die erreichten Fortschritte und über die Maßnahmen zu unterbreiten, die nach der ersten Stufe zu treffen seien; gegebenenfalls würden Vorschläge nach Artikel 236 des EWG-Vertrages vorgelegt, nach dem Vertragsänderungen einstimmig beschlossen werden können. Hier vor allem vermißt Bonn die politische Perspektive der Endphase. Die Kommission operiert vorsichtiger. Sie verweist darauf, daß wichtige Fragen hinsichtlich des Endpunktes sowie des Überganges zur Wirtschafts- und Währungsunion noch gründlich untersucht werden mußten.

Solche Notwendigkeit wird in Bonn zwar nicht bestritten, aber es wird bedauert, daß die Kommission — so werden ihre Vorschläge jedenfalls zur Zeit interpretiert — zu früh und ohne Zwang auf eine Linie eingeschwenkt sei, die der mutmaßlichen Linie der extremen Gaullisten zu weit entgegenkomme. Es ist klar, daß solche Unterstellungen von der Kommission mit Entrüstung zurückgewiesen werden. Jedenfalls gibt das Bonner Echo einen Hinweis darauf, daß es im Ministerrat noch zu Auseinandersetzungen darüber kommen wird, ob jetzt zunächst nur die ersten Schritte beschlossen werden sollen oder ob der Werner-Plan als die entscheidende politische Willenserklärung der Regierungen auch förmlich akzeptiert werden wird. (Einzelheiten siehe Wirtschaftsteil.)